

Recht schafft Sicherheit – Sicherheit fördert den Frieden Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Ukraine

Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann, aus Anlass der Krimkrise

Berlin/Bonn, den 27.03.2014. Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax hat in einer Erklärung das Vorgehen der Russischen Föderation gegen die Ukraine klar verurteilt. Mit dem völkerrechtswidrigen Anschluss der Krim stünde mehr auf dem Spiel als nur eine regionale territoriale Frage. Es gehe vielmehr, so Ackermann, um die Grundlagen der europäischen und internationalen Sicherheit. Die durch das russische Vorgehen geschaffene instabile Situation drohe weiter zu eskalieren und in einem Blutbad zu enden. Dies gelte es zu verhindern.

Ackermann unterstützt die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung insbesondere auch hinsichtlich möglicher starker Sanktionen:

„Es ist von entscheidender Bedeutung, die Ernsthaftigkeit der europäischen Haltung und des europäischen Interesses zu unterstreichen. Dies umfasst auch die Möglichkeit einer Strategie der kontrollierten Eskalation, um die Voraussetzungen für eine politische Lösung der Krise zu schaffen. Daher ist in der Europäischen Union und damit auch der deutschen Gesellschaft die Bereitschaft gefordert, ggf. für uns schmerzhaft Konsequenzen zu tragen.“

Diese klare Haltung gegenüber dem Vorgehen der Russischen Föderation müsse allerdings einhergehen mit einer selbstkritischen Befassung mit den Fehlern der europäischen Politik. Denn es gelte nicht zuletzt der Versuchung zu einer undifferenzierten Wahrnehmung des Gegenübers zu wehren.

Mit Sorge verfolgt Bischof Ackermann die inneren Entwicklungen in der Ukraine. Die beachtlichen Leistungen der Majdan-Proteste würden unter dem Druck der Gewalt und der erlebten retraumatisierenden Demütigung zunehmend in Frustration und politischen Extremismus umschlagen. Es sei eine Frage der Solidarität und der politischen Klugheit, der Ukraine in dieser Phase entschieden beizustehen.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Gertrud Casel, Geschäftsführerin
Tel: 0228-103303

Ansprechpartner für Rückfragen:

Dr. Jörg Lüer
Tel: 030-243428-158

***Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax,
Bischof Dr. Stephan Ackermann, aus Anlass der Krimkrise***

**Recht schafft Sicherheit – Sicherheit fördert den Frieden
Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Ukraine**

Mit vielen Menschen weltweit teilt die Deutsche Kommission Justitia et Pax die Sorge, dass die durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch die Russische Föderation sowie die politische Krise in der Ukraine entstandene internationale Situation zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnte.

Die Probleme weisen weit über die Frage der territorialen Zugehörigkeit der Krim hinaus. Das Vorgehen Russlands lässt durch die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine das Paradigma in den außenpolitischen Beziehungen hinter sich, das bisher maßgeblich zur Sicherheit und zur Stabilität in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konflikts vor 25 Jahren beigetragen hat. Die damit einhergehenden Verunsicherungen sind erheblich. Am deutlichsten ist dies heute im Süden und im Osten der Ukraine zu sehen, die sich dort erheblichen Akten der Destabilisierung ausgesetzt sieht. Die so entstehende Zone der Instabilität kann zur Gefahr und Belastung der in ihr lebenden Menschen sowie ihrer Nachbarn werden.

Es zeigt sich deutlich: Wer sowohl formal wie materiell außerhalb des Völkerrechts sowie verbindlicher internationaler Vereinbarungen handelt, gefährdet die internationale Sicherheit und die Wohlfahrt der Völker.

Es ist nicht zuletzt der Besonnenheit der ukrainischen Regierung sowie der ukrainischen Streitkräfte zu verdanken, dass diese Aggression noch nicht zu einer blutigen militärischen Auseinandersetzung geführt hat. Angesichts der mit dem Vorgehen der russischen Regierung geschaffenen Unsicherheit droht die Lage, dennoch militärisch zu eskalieren. Ein Blutvergießen gilt es zu verhindern.

Wir begrüßen daher die Bemühungen der EU sowie der Bundesregierung, die russische Regierung dazu zu bewegen, wieder auf den Boden des Völkerrechts und der internationalen Kooperation zurückzukehren. Zu den unverzichtbaren ersten Schritten gehört, dass auf der Krim die Rechte der Minderheiten, die Religionsfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt bleiben, die Akte zur Destabilisierung der Ost- und Südukraine beendet und die russischen Streitkräfte von den ukrainischen Grenzen abgezogen werden.

Die militärische Bedrohung der Ukraine muss aufhören. Wir begrüßen die Zulassung der OSZE-Beobachtermission als einen wichtigen ersten Schritt zur Deeskalation. Sie ist zugleich ein dringend benötigtes Zeichen der Solidarität mit allen in der Ukraine lebenden Menschen unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft. Alle Beteiligten sind gefordert, eine weitere Ethnisierung des Konflikts zu vermeiden.

Mit großer Sorge sehen wir die Bedrängnisse, denen die Menschen und im Besonderen auch die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Ukraine ausgesetzt sind. Es ist eine Frage der Solidarität und der politischen Klugheit, der Ukraine in dieser Phase entschieden beizustehen. Wir wissen uns verbunden mit den vielfältigen Bemühungen der verschiedenen christlichen Konfessionen sowie Religionsgemeinschaften während der Majdan-Bewegung, einen friedlichen Wandel in der Ukraine herbeizuführen. Unter dem Druck der Gewalt und der erlebten (retraumatisierenden) Demütigungen schlägt allerdings die beachtliche Leistung der friedlichen Proteste auf dem Majdan zunehmend in Frustration und politischen Extremismus um.

In dieser Auseinandersetzung geht es um die leitenden Werte und Grundhaltungen der europäischen Gesellschaften sowie der internationalen Zusammenarbeit. Zu den – gerade in der jetzigen Situation wichtigen – Grundhaltungen gehört, dass man die politische Kommunikation mit dem Gegner nicht abbrechen lässt. Ebenso wichtig ist es, der Versuchung zu einer undifferenzierten Wahrnehmung des Gegenübers sowie der Gründe für diese Krise zu widerstehen. Daher ist auch eine selbstkritische Reflexion der Fehler in der europäischen Politik, z.B. im Zusammenhang des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine sowie der NATO-Osterweiterung, gefordert.

Die Lösung der bedrohlichen Krise kann letztlich nur mit Russland gelingen. Allerdings gilt es, der russischen Regierung zu verdeutlichen, dass der eingeschlagene Weg nicht zuletzt zum Schaden Russlands sein wird. Es kommt darauf an, einer auf Recht und Kooperation basierenden internationalen Politik wirksam Geltung zu verschaffen.

Zu diesem Zweck ist es von entscheidender Bedeutung, die Ernsthaftigkeit der europäischen Haltung und des europäischen Interesses zu unterstreichen. Dies umfasst auch die Möglichkeit einer Strategie der kontrollierten Eskalation, um die Voraussetzungen für eine politische Lösung der Krise zu schaffen. Daher ist in der Europäischen Union und damit auch der deutschen Gesellschaft die Bereitschaft gefordert, ggf. für uns schmerzhaftige Konsequenzen zu tragen.

Es gehört zur Glaubwürdigkeit der oben beschriebenen Haltung, dass die EU im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen die Ukraine auf ihrem Weg der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der Entwicklung einer stabilen Wirtschaft verlässlich unterstützen sowie dabei, ein kooperatives Verhältnis mit ihren Nachbarn zu entwickeln. Die (auch rechtlich) prekäre Übergangssituation der Ukraine muss zügig und entsprechend rechtstaatlicher Standards beendet werden, damit die Ukraine eine vollumfänglich legitimierte Regierung erhält. Die Ukraine sollte für die zweifelsfreie Sicherstellung freier und unanfechtbarer Wahlen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft erhalten. Im Zusammenhang damit müssen die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Ukraine, die Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang der Majdan-Proteste und insbesondere die Aufklärung der Schicksale der weiterhin verschwundenen Personen mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Nur so wird auch die Versuchung des politischen Extremismus in der Ukraine abgewehrt werden können. Die Unterstützung und Begleitung der Ukraine ist nicht zuletzt eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, um langfristig Stabilität und Sicherheit in der Region unter Einschluss Russlands zu gewährleisten. Dabei wird es auch darauf ankommen, der besonderen Situation der Ukraine als Brücke zwischen Ost und West Rechnung zu tragen.

Gemeinsam mit den christlichen Kirchen in der Ukraine werden wir als Kirche unseren Beitrag leisten, die Kräfte einer friedlichen Entwicklung in der Ukraine zu stärken. Wir tun dies nicht zuletzt durch unser Gebet.

Berlin/Trier, 27.03.2014